



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Mexiko

2021

Wie in den vergangenen Jahren kam es in Mexiko zu exzessiver Gewaltanwendung durch Polizeikräfte und durch das Militär. Wieder diente sie dazu, Menschen ihr Recht auf friedliche Versammlung zu verweigern und Proteste zu unterdrücken. Auch Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen waren Angriffen, Bedrohungen, strafrechtlichen Verfolgungen, willkürlichen Inhaftierungen und rechtswidriger Überwachung ausgesetzt.

Wiederholt wurde berichtet, dass die Polizei bei der Festnahme von Personen und bei Protesten exzessive Gewalt anwandte.

Verschwindenlassen und Straflosigkeit

Im Jahr 2021 registrierten die Behörden mindestens 7.698 Fälle vermisster oder verschwundener Personen; 69 Prozent waren Männer und 31 Prozent Frauen. Die Gesamtzahl der in Mexiko seit 1964 als verschwunden gemeldeten Personen war damit bis zum Jahresende auf mehr als 97.000 gestiegen.

Im Jahr 2021 gab es lediglich 35 Schuldsprüche wegen Verschwindenlassens, was erneut bewies, dass bezüglich dieses Verbrechens weitgehende Straffreiheit herrschte. Offiziellen Angaben zufolge waren mehr als 52.000 Tote noch nicht identifiziert, die meisten von ihnen lagen in Massengräbern. Mehrere Menschen, die Nachforschungen nach ihren vermissten Angehörigen angestellt hatten, wurden 2021 getötet. Bis zum Jahresende war niemand für diese Verbrechen vor Gericht gestellt worden.

Im Juni 2021 gab die Generalstaatsanwaltschaft bekannt, man habe die sterblichen Überreste von Jhosivani Guerrero identifiziert. Damit waren nun drei der 43 Studierenden der Lehrerausbildungsstätte in Ayotzinapa identifiziert, die im Jahr 2014 verschwunden waren.

Der UN-Ausschuss über das Verschwindenlassen besuchte Mexiko im November und bezeichnete es als eine "immense" Herausforderung, die Praxis des Verschwindenlassens zu bekämpfen. Er forderte die Behörden auf, stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um die strukturelle Straffreiheit zu beenden und eine Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien zu gewährleisten.

Rechtswidrige Tötungen

Im März 2021 starb Victoria Salazar, eine Geflüchtete aus El Salvador, nachdem bei ihrer Festnahme in Tulum (Bundesstaat Quintana Roo) vier Polizist/innen exzessive Gewalt gegen sie angewandt hatten. Mehrere UN-Gremien und Menschenrechtsorganisationen verurteilten das Vorgehen der Polizei.

Im September 2021 wurden in Verbindung mit der Niederschlagung eines Protests von Lehrkräften im Jahr 2016 in Nochixtlán (Bundesstaat Oaxaca) zwei ehemalige Polizeichefs festgenommen. Man legte ihnen zur Last, für den Einsatz verantwortlich gewesen zu sein, bei dem mindestens sechs Menschen getötet und mehr als 100 verletzt wurden. Einer der Beschuldigten gehörte der Bundespolizei an, der andere der Polizei des Bundesstaats.

José Eduardo Ravelo

Stellvertretend für rechtswidrige Tötungen steht auch der Fall José Eduardo Ravelo. Er starb am 3. August an zahlreichen inneren Verletzungen. Vor seinem Tod erzählte er seiner Mutter, dass er einige Tage zuvor von der Polizei in der Haft gefoltert worden sei. Bald nahm die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen auf. Doch noch bevor diese abgeschlossen waren, erklärte sie öffentlich, dass José Eduardo Ravelo während seiner Inhaftierung weder gefoltert noch misshandelt worden sei. Dieses Vorgehen lässt erhebliche Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Unparteilichkeit der beteiligten Staatsanwälte/innen aufkommen.

Folter und andere Misshandlungen

Im August 2021 ordnete der Präsident auf Grundlage bestehender gesetzlicher Regelungen die Freilassung von Gefangenen an, die sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befanden und fortgeschrittenen Alters oder Überlebende von Folter waren. Das Dekret folgte jedoch nicht den Empfehlungen zivilgesellschaftlicher Organisationen und akzeptierte als Nachweis für Folter nur eine medizinische Untersuchung gemäß dem Handbuch für die wirksame Untersuchung und Dokumentation von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Istanbul-Protokoll). Es schloss auch Gefangene aus, denen eine Beteiligung an organisierter Kriminalität und Entführung zur Last gelegt wurde. Bis zum Jahresende war die Freilassung von mehr als 682 Personen genehmigt worden, in 4.233 Fällen war die Prüfung der Akten noch nicht abgeschlossen.

Die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen forderte die mexikanischen Behörden auf, Verónica Razo Casales unverzüglich freizulassen, die sich seit 2011 in Untersuchungshaft befand. Sie war willkürlich inhaftiert worden und von Angehörigen der Bundespolizei gefoltert und vergewaltigt worden.

Die Behörden inhaftierten einen ehemaligen Polizeichef der Bundespolizei, dem im Fall von Florence Cassez Folter vorgeworfen wurde. Die französische Staatsbürgerin war 2007 festgenommen und 2013 freigelassen worden, nachdem man sie vom Vorwurf der Entführung freigesprochen hatte. Ihr Mitangeklagter, Israel Vallarta, der ebenfalls Opfer von Folter wurde, befand sich 15 Jahre nach seiner Festnahme noch immer in Untersuchungshaft.

Das Nationale Programm zur Verhütung und Bestrafung von Folter und anderen Misshandlungen (*Programa Nacional para Prevenir y Sancionar la Tortura y Otros Tratos o Penas Crueles Inhumanos o Degradantes 2020–2024*) war bis zum Jahresende noch immer nicht veröffentlicht worden.

Menschenrechtsverteidiger/innen

Die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger/innen war 2021 weiterhin hoch, und gewaltsame Angriffe wurden in den allermeisten Fällen nicht geahndet.

Im November 2021 wurde bekannt, dass die Generalstaatsanwaltschaft, statt das im Jahr 2011 verübte Massaker von San Fernando mit 193 Toten zu untersuchen, im Jahr 2016 strafrechtliche Ermittlungen wegen Entführung und organisierter Kriminalität gegen eine Journalistin und zwei Menschenrechtsverteidigerinnen eingeleitet hatte, die das Verbrechen dokumentiert und die Familien der Opfer unterstützt hatten.

Der Innenminister teilte mit, im Oktober habe der Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen (*Mecanismo de Protección para Personas Defensoras de Derechos Humanos y Periodistas*) 1.506 Personen Schutz geboten, davon waren 1.011 Menschenrechtsverteidiger/innen. Der Minister kündigte Reformen an, um den Schutzmechanismus wirksamer zu gestalten und die Untersuchung von Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger/innen zu verbessern.

www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/mexiko-jose-eduardo-ravelo-tod-nach-festnahme-vorwuerfe-untersuchen-2021-12-08

www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/mexiko-2021